

**Änderungsantrag**  
(zu Drs. 16/4033 neu2 und 16/5341)

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 05.11.2012

**Open Data für Niedersachsen - Mehr Transparenz für mehr Demokratie**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/4033 neu2

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 16/5341

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

## Entschließung

In der letzten Zeit wird auch in Deutschland vermehrt gefordert, dass Daten, die von Regierungen und anderen öffentlichen Stellen erzeugt werden, der Öffentlichkeit in elektronisch verarbeitbarer Form zur Verfügung gestellt werden. Mit Slogans wie „Staatliche Daten gehören uns“ fordert die Open-Data-Bewegung den Zugang zu den Daten, die aus Regierungs- und Verwaltungshandeln entstehen, soweit datenschutzrechtliche oder andere rechtliche Gründe dem nicht entgegenstehen.

Open Data hilft nicht nur dabei, Regierungs- und Verwaltungshandeln transparenter zu machen, es ermöglicht der Wirtschaft und anderen Organisationen auch, die Verwaltungsdaten den Bedürfnissen entsprechen aufzubereiten und neue Wertschöpfungsmöglichkeiten zu erschließen.

- a) In den letzten Jahren wurden vom Land und den Kommunen in Niedersachsen im Zuge der eGovernment-Initiativen bereits zahlreiche Datenbestände im Internet bereitgestellt. Der Landtag hält es für erforderlich, dass die Landesregierung auf dieser Entwicklung aufbauend die Open-Data-Initiative unterstützt und den Zugang zu den Daten, die in Niedersachsen aus Regierungs- und Verwaltungshandeln entstehen, weiter verbessert.
- b) Der Landtag begrüßt es, wenn die Daten - soweit dem gesetzliche Einschränkungen nicht entgegenstehen -
  - vollständig,
  - als Primärdaten,
  - zeitnah,
  - leicht zugänglich,
  - maschinenverarbeitbar,
  - diskriminierungsfrei,
  - unter Verwendung offener Standards,
  - lizenzfrei,
  - dauerhaft und
  - kostenfreizur Verfügung gestellt werden.
- c) Der Landtag hält es für erforderlich, dass die Landesregierung und die Verwaltung ihre Daten unverzüglich der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Für die Bereitstellung von Geodaten soll abweichend von dem Grundsatz der kostenfreien Bereitstellung bis auf Weiteres eine entgeltliche Bereitstellung möglich sein.

- d) Außerdem fordert der Landtag die Landesregierung auf, ein Internetportal bereitzustellen, über das das gesamte Open-Data-Angebot der niedersächsischen Verwaltung zentral erreicht werden kann.

Ursula Weisser-Roelle  
Parlamentarische Geschäftsführerin